

C1

Titel	Gerechte Politik – Gleichwertige Lebensverhältnisse Sozialdemokratische Politik in Ostdeutschland: Perspektiven, Chancen, Schlussfolgerungen
AntragstellerInnen	Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Berlin
Zur Weiterleitung an	

Gerechte Politik – Gleichwertige Lebensverhältnisse Sozialdemokratische Politik in Ostdeutschland: Perspektiven, Chancen, Schlussfolgerungen

- 1 **I. Analyse**
- 2 Die Krise der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik ist ganz besonders eine Krise der SPD in Ostdeutsch-
- 3 land. Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl verdeutlichen, dass die SPD gerade im Osten zusehends an
- 4 Boden verliert und in stärkerem Maße als im Westen Deutschlands um ihre Rolle im Parteiensystem fürchten
- 5 muss. Gegenüber der Bundestagswahl 2002 hat die Sozialdemokratie mittlerweile fast zwei Drittel ihres Stim-
- 6 menanteils eingebüßt. Wo einst flächendeckend Direktmandate gewonnen wurden, ziehen nicht mal mehr
- 7 eine Handvoll Abgeordnete pro Landesverband ein. Sofern die SPD wieder bundesweit Wahlen gewinnen will,
- 8 muss sie auch wieder im Osten Fuß fassen. Gute Ergebnisse im Osten sind sicherlich keine hinreichende, aber
- 9 definitiv eine notwendige Bedingung für bundesweite Wahlerfolge. Das gewaltige Potenzial wird durch einzel-
- 10 ne – oftmals personalisierte – Wahlerfolge auf Landesebene unterstrichen.
- 11 Auch 28 Jahre nach der politischen Wiedervereinigung unterscheidet sich die politische und gesellschaftliche
- 12 Landschaft im Osten merklich von der im Westen. Persönliche Erfahrungen aus der DDR- und Wendezeit prä-
- 13 gen viele Menschen und ihre Nachkommen bis heute. Der Zusammenbruch des SED-Regimes hatte nicht nur
- 14 das Ende eines diktatorischen und keineswegs emanzipatorischen Staates zu Folge, sondern fegte auch die be-
- 15 stehenden gesellschaftlichen Strukturen davon. In einem selten da gewesenen Tempo verschwanden Massen-
- 16 organisationen, wurden gesellschaftliche Eliten ausgetauscht und neue Strukturen aufgebaut. Besonders prä-
- 17 gend war allerdings der wirtschaftliche Zusammenbruch. Innerhalb kürzester Zeit zog flächendeckende Mas-
- 18 senarbeitslosigkeit ein, die auch durch vielerlei arbeitsmarktpolitische Instrumente nicht eingedämmt werden
- 19 konnte. Ostdeutschland wurde aufgrund einer beinahe ungehemmten Privatisierungs- und Niedriglohnpolitik
- 20 schon in den neunziger Jahren zu einem neoliberalen Experimentierfeld fast ungeahnten Ausmaßes. Das an-
- 21 schließend in der Regierungszeit von SPD und Grünen bundesweit eingeführte Hartz IV-System demütigte vor
- 22 allem viele Arbeitssuchende in Ostdeutschland, die ohne jede Perspektive in staatlich verordnete Armut ge-
- 23 drängt wurden. Auch der Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre kann mit Blick auf die katastrophale
- 24 Tarifbindung, den hohen Anteil von Leih- und Zeitarbeit und den eklatanten Lohnabstand zu Westdeutschland
- 25 nicht überzeugen.
- 26 Die beschriebenen Entwicklungen führten nicht nur zu einer rasanten Abwanderungsbewegung, sondern setz-
- 27 ten sich auch in den Köpfen der Menschen fest: Das Vertrauen in die Politik insgesamt und die SPD im Besonde-
- 28 ren schwand rasant. Die in der Wendezeit geschaffenen demokratischen Strukturen blieben vergleichsweise
- 29 schwach und ein Gefühl der Entfremdung macht sich bis heute breit. Dafür stehen die oft überproportionale
- 30 Besetzung von Spitzenämtern mit Menschen aus den alten Bundesländern, mit den persönlichen Biographien.
- 31 Historische Grundlagen und gesellschaftliche Entwicklungen begünstigten auch ein ganz eigenes ostdeutsches
- 32 Parteiensystem, das lange Zeit durch eine breite Unterstützung der Linkspartei/PDS, nun aber vor allem durch
- 33 eine extrem starke AfD gekennzeichnet wird. Aber auch in einzelnen Sachfragen – sei es zum Thema Gemein-

34 schaftsschule oder zum Umgang mit Russland – sind die spezifischen Meinungsunterschiede zwischen Ost
35 und West nach wie vor unverkennbar.

36 Ein weiterer Unterschied betrifft das Verhältnis zwischen den Geschlechtern: In Ostdeutschland haben mehr
37 Frauen gearbeitet. Die DDR war dabei kein feministisches Paradies: häufig mussten die Ehefrauen arbeiten
38 und den Haushalt schultern, auch hier waren sie seltener in Führungspositionen als Männer. Dennoch ist
39 die Ungleichheit in Ostdeutschland geringer: so ist bspw. der Gender-Pay-Gap hier bis heute geringer, als im
40 Westen.

41 Die Aufarbeitung der Nachwendzeit und die Anerkennung offenkundiger Ungerechtigkeiten sind grundsätz-
42 lich richtige und wichtige Anliegen. Dem sollte sich auch die weitere SPD annehmen. Zugleich muss die Sozi-
43 aldemokratie aber auch konkrete Lösungen für konkrete Probleme anbieten. Allgemeine Floskeln und reines
44 Zuhören entsprechen nicht unserem Anspruch an sozialdemokratische Politik. Wenn die Umgestaltung der
45 Vermögens-, Einkommens- und Machtverhältnisse vollkommen zurecht gefordert wird, muss die SPD Mittel
46 und Wege aufzeigen, wie dies tatsächlich gelingen kann. Nur so kann diese Debatte auch für jüngere Men-
47 schen, die keine persönliche Erinnerungen an die DDR- und Wendezeit haben, wirklich gewinnbringend wer-
48 den.

49 Triebfeder für diese inhaltliche Forderungen muss die SPD im Osten selbst sein. Trotz eklatanter Struktur-
50 schwächen – die Mitgliederzahl liegt bezogen auf die Bevölkerungszahl ein Vielfaches unter der in West-
51 deutschland – ist das Potenzial dafür da. Auch in der Vergangenheit hat die Ost-SPD gesellschaftlich einiges
52 bewegt, gute Wahlergebnisse errungen und nicht zuletzt maßgeblich zum Aufbau der Demokratie in diesem
53 Landesteil beigetragen. Die SDP war 1989 zunächst eine im Untergrund gegründete Bewegung, die auf ganz
54 andere politische Formate setzte und aus naheliegenden Gründen Themen wie z.B. der gesellschaftlichen Frei-
55 heit einen größeren Stellenwert einräumte. Parteilarbeit im Osten findet aber auch heute noch anders statt und
56 kann dahingehend auch Vorbild für eine Parteistruktur sein.

57 Zugleich ist unverkennbar, dass es gelungen ist, mehr junge Menschen in die Parteilarbeit einzubinden und
58 den Rückgang der Mitgliederzahlen zu begrenzen oder gar aufzuhalten.

59 Wenn die SPD ihrem Anspruch als flächendeckend bedeutende politische Kraft beibehalten will, muss sie vor
60 allem ihre eigenen Strukturen in Ostdeutschland ernst nehmen. Dabei geht es nicht in erster Linie um finan-
61 zielle Almosen, sondern um eine Repräsentanz an politisch relevanten Stellen und einen inhaltlichen Fokus
62 auf für Ostdeutschland relevante Themen. Dafür braucht es einen klaren jungsozialistischen Kompass, damit
63 Verteilungs- und eben keine Identitätsfragen im Zentrum der Debatte stehen.

64 **II. Organisationspolitik**

65 Sozialdemokratische und jungsozialistische Arbeit ist auf ein Mindestmaß an Strukturen angewiesen. Dies gilt
66 umso mehr in Landesverbänden und Bezirken, die zum einen große Flächen abdecken, in denen zum anderen
67 sozialdemokratische Politik durch eine geringe Zahl an SPD-Mitgliedern, Landtags- und Bundestagsabgeord-
68 neten nicht flächendeckend präsent ist. Dies trifft – leider – insbesondere, wenn auch nicht nur auf den Osten
69 Deutschlands zu. Um zu gewährleisten, dass die SPD überall präsent ist, muss auch bei Listenaufstellungen
70 71 auf eine ausgewogene Verteilung geachtet werden.

71 Bei Listenaufstellungen muss darauf geachtet werden, dass sowohl der Listenvorschlag, als auch eine aus die-
72 sem resultierende sozialdemokratische Fraktion verschiedene Perspektiven berücksichtigt und verschiedene
73 Menschen anspricht. So müssen bspw. Junge Menschen und Frauen* Teil unseres Angebotes sein, aber eben
74 auch die ostdeutsche Sicht auf Politik. Die Fraktionen müssen darauf achten, dass sie auch in Regionen präsent
75 sind, aus denen kein*E Abgeordnet*E kommt.

76 1. Hauptamtliche Strukturen ausbauen – Ehrenamt unterstützen

77 Gerade in den ostdeutschen Landesverbänden wird die ehrenamtliche Arbeit von einer verhältnismäßig klei-
78 nen Anzahl von Jusos getragen. Dabei kommt erschwerend hinzu, dass diese zumeist auch unter Doppel- oder
79 Dreifachbelastung stehen, wenn die Arbeit in den SPD-Strukturen und eventuelle kommunale Mandate hin-
80 zutreten.

81 Gerade unter diesen Voraussetzungen sind hauptamtliche Juso-Strukturen zwingend erforderlich, um eine
82 kontinuierliche jungsozialistische, feministische und antifaschistische Arbeit zu gewährleisten. Oft sind die
83 SPD-Landesverbände aber selbst finanziell nicht in der Lage, solche Strukturen in angemessenem Umfang

84 zu unterhalten – von Strukturen für die Juso-Landesverbände ganz zu schweigen. Deshalb fordern wir von der
85 Bundes-SPD finanzielle Hilfen für die Landesverbände, um die Arbeitsfähigkeit der Jusos bundesweit langfristig
86 zu erhalten (und perspektivisch auszubauen). Wir bleiben bei unserer Forderung vom Bundeskongress 2017:
87 Eine volle Stelle pro Juso-Landesverband bzw. Bezirk.

88 Eine Schlüsselposition für Stärkung der Sozialdemokratie in Ostdeutschland kann und soll die Stelle der*des
89 Ostbeauftragten des Parteivorstandes sein. Wir begrüßen die Einrichtung dieser Position und erwarten, dass
90 die*der Ostbeauftragte eine starke politische Stimme für die ostdeutschen Perspektiven in der Debatte in-
91 nerhalb der SPD und der Öffentlichkeit sein wird. Wir begrüßen den in Wiesbaden beschlossenen Prozess für
92 die Erstellung eines „Zukunftsprogramm Ost“ ausdrücklich und werden ihn kritisch-konstruktiv begleiten und
93 darauf achten, dass auch die Sicht unserer Generation berücksichtigt wird.

94 Im Rahmen der Evaluation und Reform der Parteischule muss darauf geachtet werden, dass es weniger
95 Spitzen- und mehr Breitenförderung, insbes. für die mittlere Funktionärebene und mit speziellem Fokus auf
96 Frauen, angeboten wird. Ziel muss es sein, diejenigen Genoss*innen zu unterstützen, die vor Ort die Hauptlast
97 der Arbeit tragen.

98 Wir werden unseren Teil zur Stärkung der Ostdeutschen Landesverbände beitragen. Die 2018 begonnene
99 Vernetzung insbes. von unseren Funktionär*innen fortsetzen.

100 1. Finanzen

101 Mit der geringen Mitgliederzahl der ostdeutschen Landesverbände geht auch eine geringe finanzielle Ausstat-
102 tung einher. Deshalb darf es – auch bei einer sich möglicherweise zukünftig verschlechternden finanziellen
103 Lage der SPD insgesamt – keine Kürzungen der finanziellen Mittel für die ostdeutschen Landesverbände ge-
104 ben. Vielmehr sollten zukünftig bei der innerparteilichen Verteilung finanzieller Mittel weitere Aspekte neben
105 der Mitgliederzahl stärker gewichtet werden.

106 Zum einen sollte hierbei stärker (im Sinne einer Strukturförderung) auf die Belange von strukturschwachen
107 Landesverbänden, Bezirken, aber auch einzelnen Regionen geachtet werden. Dies betrifft ausdrücklich nicht
108 nur die ostdeutschen Landesverbände, sondern auch viele Regionen in Westdeutschland.

109 Zum anderen muss gerade bei der Unterstützung von Wahlkämpfen berücksichtigt werden, dass auch struk-
110 turschwächere Verbände dennoch erfolgreich sein können. So sind z.B. die ostdeutschen Verbände in allen
111 sechs Landesregierungen vertreten; drei der insgesamt sieben SPD-Ministerpräsident*innen kommen aus die-
112 sen Verbänden. Dies muss sich auch in der finanziellen Ausstattung von Wahlkämpfen widerspiegeln. Gleich-
113 zeitig muss darauf geachtet werden, dass aktuell gut arbeitende Strukturen auch in Zukunft in der Lage bleiben,
114 diese Qualität halten zu können. Wir wollen eine Partei sein, die überall präsent ist

115 1. Mehr Juso-Veranstaltungen in Ostdeutschland

116 Um die Präsenz sozialdemokratischer und jungsozialistischer Politik im Osten zu verstärken, sehen wir zu-
117 gleich auch den Juso-Bundesvorstand in der Pflicht. Der Bundeskongress alle vier Jahre ist hierzu längst nicht
118 ausreichend. Wir werden daher, verstärkt auch Debattencamps, Projektwochenenden und ähnliche Veran-
119 staltungen in Ostdeutschland stattfinden lassen. Einen Anfang macht das erste Verbandswochenende im Jahr
120 2019.

121 1. Themenforen

122 Mit der Einrichtung der Ostvernetzung auf Juso-Ebene haben wir einen wichtigen Schritt zu einer stärkeren Zu-
123 sammenarbeit getan. Unser Ziel muss es aber auch sein, die „ostdeutschen“ Probleme, Themen und Lösungs-
124 ansätze über dieses Format hinaus in der Sozialdemokratie zu verankern. Deshalb fordern wir die Einrichtung
125 von Themenforen, die sich mit diesen Themen, aber auch mit der Lage und der Entwicklung der Sozialde-
126 mokratie in Ostdeutschland befassen. Hierin kann auch eine wichtige Unterstützung der Arbeit der bzw. des
127 Ostbeauftragten liegen.

128 1. Öffentlichkeitsarbeit

129 Für eine gute politische Öffentlichkeitsarbeit ist professionelle Social-Media-Arbeit unverzichtbarer denn je.
130 Hier fehlt es leider auch den hauptamtlichen Mitarbeiter*innen in den Landes- oder Unterbezirksgeschäfts-
131 stellen an Know-How, an Erfahrung und an Ausstattung. Für uns ist deswegen klar: Im Rahmen des notwendi-
132 gen Ausbaus hauptamtlicher Strukturen ist Wert auf eine deutliche Erhöhung der Social-Media-Kompetenzen

133 zu legen. Zusätzlich sollten von der Bundes-SPD – im Rahmen der Parteischule oder in einem eigenen Format
134 – Schulungen für Haupt- und Ehrenamtliche angeboten werden.

135 Gerade in strukturschwachen Räumen ist Social Media aber längst nicht alles. Vielmehr bedarf es – insbeson-
136 dere in Zeiten zunehmender Staats- und Demokratieverachtung – eines offensiven Auftretens gerade der her-
137 ausgehobenen politischen Akteure. Wir fordern daher die Parteispitzen von Bundes- und Landesverbänden
138 sowie die sozialdemokratischen Minister*innen auf Bundes- und Landesebene auf, gerade auch in struktur-
139 schwachen Regionen Präsenz zu zeigen und Gesprächsformate anzubieten. Nur so kann verloren gegangenes
140 Vertrauen – in die Demokratie allgemein und die Sozialdemokratie im Besonderen – langsam zurückgewonnen
141 werden.

142 **III. Arbeit / Soziales**

143 In Ostdeutschland bestehen besondere Voraussetzungen, in der Arbeits- und Sozialpolitik. In der ehemaligen
144 DDR herrschte so gut wie Vollbeschäftigung. Doch durch den Anpassungsprozess nach Wende wurden viele
145 Betriebe in Ostdeutschland geschlossen, was bei vielen Menschen zu einer gebrochenen Erwerbsbiographie
146 führte. Die Zielstellung unseres Handelns ist dabei die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisses in der gesam-
147 ten Republik.

148 Auch im Privatleben führte dies zu Verwerfungen. Der Verlust an sozialer Sicherheit durch die Hartz-
149 Gesetzgebung war hier besonders hoch. Gerade wenn die Sozialdemokratie gerade im Osten wieder
150 Vertrauen aufbauen will, ist eine Abkehr von Hartz IV eine zwingende Notwendigkeit.

151 1. Für einen attraktiven Arbeitsmarkt und gerechte Perspektiven in den neuen Bundesländern

152 Die neuen Bundesländer sind gezeichnet von einem stärkeren demographischen Wandel, als dies in den al-
153 ten Bundesländern der Fall ist. Hinzu kommt eine Flucht in die Städte (bzw. deren Speckgürtel) von jungen
154 Menschen und jungen Familien. Je weniger junge Menschen in einer Region leben, desto unattraktiver ist dies
155 für Unternehmen, sich dort anzusiedeln. Dies führt in der Summe dazu, dass sich viele ländliche Räume in
156 einem ökonomischen und demographischen Teufelskreis befindet. Diese doppelte Problematik trifft auf alle
157 ostdeutschen Flächenländer zu.

158 Hinzu kommt, dass Ostdeutschland jahrelang als Dumping-Lohn-Land galt und die Menschen dies aus Alter-
159 nativlosigkeit heraus akzeptierten. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt für uns auch hier: Wir brauchen die
160 Lohnangleichung zwischen Ost und West. Hierzu muss auch die Wochenarbeitszeit in den Blick genommen
161 werden. Es kann nicht sein, dass quer durch alle Branchen in Ostdeutschland mehr gearbeitet wird, als im
162 Westen. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, nicht die negativen Effekte des Angleichungsprozesses zu
163 verstärken: Der Gender-Pay-Gap in Ostdeutschland wird langsam größer. Er gleicht sich dem Westen an. Diese
164 Entwicklung muss gestoppt und die Lohnlücke geschlossen werden.

165 Dass die Löhne im Osten schlechter sind als im Westen, liegt unter anderem am schlechteren Organisati-
166 onsgrad der Gewerkschaften in den neuen Bundesländern. Die besseren Tarife und die daran gekoppelten
167 Reallöhne sind auch im Westen nicht vom Himmel gefallen. Mit steigendem Organisationsgrad wächst in der
168 Regel auch das Konfliktpotential, welches notwendig ist, um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Aufga-
169 be der SPD muss es sein, die Gewerkschaften als Vorfeldorganisation für bessere Arbeitsbedingungen auch
170 öffentlich wieder stärker zu betonen. Denn um die Arbeitsbedingungen im Osten der Republik auf das Niveau
171 im Westen zu hieven, ist auch Aufgabe der betroffenen Arbeitnehmer*innen.

172 Wir müssen sie aber dabei unterstützen: Die Politik der SPD muss auch aufgrund ihrer eigenen Geschichte
173 die Menschen zu einem stärkeren Engagement ermutigen. Die Partei allein wird es ohne tatkräftige Unter-
174 stützung der Arbeitnehmer*innen nicht schaffen, eigenständig eine Lohnangleichung der Neubundesländer
175 auf Westniveau zu vollziehen. Die Einführung des Mindestlohns war ein guter Anfang, wir dürfen hier aber
176 nicht stehen bleiben. Die Tarifbindung insgesamt muss gestärkt werden: Die Möglichkeit zur Mitgliedschaft in
177 Arbeitgeber*Innen-Verbänden ohne Tarifvertrag muss abgeschafft werden. Auch wollen wir die Hürden für
178 die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen deutlich absenken. Schließlich muss die Vergabe
179 öffentlicher Aufträge in allen Bundesländern und Kommunen an einen vernünftigen Vergabemindestlohn ge-
180 knüpft sein.

181 Auch muss sich die Politik stärker für die Ansiedlung von Industrie in Ostdeutschland einsetzen. Dies kann
182 man durch gezielte Werbung für die Regionen erfolgen, aber vor allem durch Verbesserungen der Infrastruk-

183 tur.

184 Bundeseinrichtungen sollen in den kommenden Jahren gezielt in Ostdeutschland geschaffen werden, wobei
185 bei den Neueinstellungen gezielt Menschen vor Ort bevorzugt werden sollen.

186 Auch die Vergütung der Auszubildenden ist stark von den Branchen abhängig und vom Mindestlohn ausge-
187 nommen. Wir bekräftigen daher die Forderung nach der Einführung einer Mindestauszubildendenvergütung.
188 Um weitere Erleichterungen für die Auszubildenden zu schaffen, ist darauf hinzuwirken, landesweit gültige
189 Azubi-Tickets einzuführen, da die regionale Versorgung mit Berufsschulen vielerorts nicht gegeben ist.

190

191 Mit der Einführung von Hartz IV hat die Bundesrepublik unter besonderer Verantwortung der Sozialdemo-
192 kratie gerade auch in Ostdeutschland gesellschaftlich negative Folgen hervorgerufen. Die Quote an Grundsi-
193 cherungsempfängerInnen ist hier besonders hoch. Der Strukturwandel nach der Deutschen Einheit bedingte
194 auch in diesem Zusammenhang einiges: Eine Umverteilung nach Westen; eine Umverteilung von unten nach
195 oben; und nicht zuletzt ist dieser bis heute mitverantwortlich für das höhere Armutsrisiko in den ostdeutschen
196 Bundesländern.

197 Für uns Jusos ist klar, dass wir Hartz IV abschaffen werden und dies eine Hauptaufgabe unserer Partei in
198 Regierungsverantwortung sein muss. Wir werden innerhalb und außerhalb der Parlamente uns gesondert für
199 diejenigen einsetzen, die von Grundsicherungsleistungen betroffen sind. Gerade für Ostdeutschland ist die
200 Abschaffung des Prinzips der Bedarfsgemeinschaften und die Einführung von individuellen Ansprüchen, die
201 das soziokulturelle Existenzminimum abdecken und in das niemals mit Sanktionen eingegriffen werden darf,
202 von besonderer Bedeutung. Auch fordern wir einen deutlichen Anstieg des Niveaus staatlicher Leistungen an
203 Menschen, die von Armut und/oder Arbeitslosigkeit betroffen sind.

204 Das wichtigste Mittel zur Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften in Ostdeutschland ist ein zu verbessernder Or-
205 ganisationsgrad. Das heißt für uns Jungsozialist*innen muss klar sein, dass wir die Gewerkschaften aktiv un-
206 terstützen und möglichst auch Mitglieder in einer DGB-Gewerkschaft sind.

207 1. Gute Rente

208 Wir begrüßen ausdrücklich die endlich – viel zu spät – erfolgte Angleichung der Rentenberechnung in Gesamt-
209 deutschland. Aber wir wissen: ohne gute Arbeit gibt es keine gute Rente. Eine Folge des im Osten niedrigeren
210 Lohnniveaus ist, dass auch bei gleicher Berechnung die Rentner*innen in Ostdeutschland im Regelfall weni-
211 ger Geld zur Verfügung haben werden. Betriebsrenten oder kapitalgedeckte Modelle wie Riester helfen hier
212 wenig.

213 Eine gerechte Rentenpolitik ist umlagefinanziert. Sie muss aber ein Leben im Alter über dem Existenzminimum
214 ermöglichen. Ziel muss die lebensstandartsichernde und armutsverhindernde Rente sein. Gerade letzteres
215 wird nur zu erreichen sein, wenn man die Grundsicherung und die Vermögensfreibeträge deutlich anhebt
216 und Hürden für die Beantragung senkt.

217 **IV. Ländliche Räume, Staatsaufgaben, Umverteilung**

218 Gleichwertige Lebensverhältnisse umfassen aber auch andere Politikbereiche. Offensichtlich ist das im Um-
219 gang vielen ländlichen Räumen. Das Problem greift aber weiter: Besonders aber nicht nur im Osten Deutsch-
220 lands merken wir schwindendes Vertrauen in öffentliche Strukturen. Dem wollen wir entgegenwirken. Das
221 gelingt nur mit einer handlungsfähigen und gerechten Politik.

222 1. Ländliche Räume und Präsenz des Staates

223 Deutschland ist geprägt von ländlichen Räumen, das betrifft sowohl Ost- als auch Westdeutschland. Dabei
224 definiert die Raumordnungsstruktur, die wir als ländlichen Raum bezeichnen, keinen einheitlichen Begriff.
225 Es gibt deutliche Unterschiede in der Ausgestaltung und die Zuordnung entspricht daher nicht automatisch
226 einer erkennbar deutlichen Strukturschwäche. So ist zum Beispiel der ländliche Raum in großen Teilen Baden-
227 Württembergs wirtschaftlich sehr gut aufgestellt und bietet in dessen Folge sehr gute Lebensbedingungen.
228 Anders sieht es beispielsweise in Westniedersachsen aus. Im besonderen Maße sind jedoch auch die ostdeut-
229 schen ländlichen Gebiete von der Problematik betroffen – hier trifft die Strukturschwäche vollends zu.

230 Für uns Jusos ist es eine staatliche Verpflichtung gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland und in
231 allen Regionen herzustellen, seien sie urban oder ländlich strukturiert. Wir wollen dabei keine Region gegen
232 eine andere ausspielen, sondern auf Augenhöhe die berechtigten Forderungen nach strukturellen Hilfen ernst
233 nehmen. Letztlich ist es unser Ziel, für alle Menschen das gute Leben zu ermöglichen – auch in ländlichen
234 Räumen und auch in Ostdeutschland.

235 Problematisch ist hierbei, dass viele ländliche Räume durch einen Teufelskreis bedroht werden. Die Struktur-
236 schwäche führt zum Bevölkerungsrückgang und umgekehrt, woraufhin die Daseinsvorsorge und Nahversor-
237 gung in unmittelbarer Nähe verschwindet und sich der Staat zurückzieht. Diesen Prozess gilt es zu stoppen.
238 Gerade die teils subjektive aber vielfach auch objektive Betrachtung, dass sich der Staat aus vielen ländli-
239 chen Räumen zurückzieht, führt zu einem Gefühl des Abgehängt-Seins. Abgehängt von der Unterstützung der
240 öffentlichen Hand, von der Versorgung durch lokale Einrichtungen und der Nähe der Institutionen bzw. Ver-
241 waltung. Für uns Jusos ist klar: Die staatliche Präsenz muss zurück in die ländlichen Räume. Das Gefühl des
242 Abgehängt-Seins müssen wir bekämpfen. Wir müssen es auch schaffen vielen ländlichen Räumen für Frauen
243 wieder attraktiver zu gestalten. Statistiken zeigen immer wieder das viele ländliche Räume einen Männerüber-
244 schuss aufweisen.

245 Wir müssen vermehrt die interkommunale Zusammenarbeit zur Anwendung bringen, um Aufgaben, die ef-
246 fektiver in größeren Strukturen erledigt werden können, auch dorthin zu verlagern. Andere zwingend vor Ort
247 zu erbringende Leistungen müssen mit Personal unersetzbar werden. Der Personalabbau der vergangenen Jah-
248 re, der die Dienstleistungsfunktion der öffentlichen Verwaltungen und Institutionen eingeschränkt hat, gehört
249 beendet. Stattdessen sollten Verwaltungen gezielt personell gestärkt werden. Der Sparzwang muss ein Ende
250 haben und die Kommunen müssen von den Ländern finanziell so ausgestattet werden, dass sie sich die grö-
251 ßeren Einstellungskorridore auch leisten können. Da Kommunen und Städte in vielen ländlichen Räumen als
252 Arbeitgeber*innen an Attraktivität verlieren, sollte ein großflächiges Umdenken stattfinden. Es müssen spezi-
253 elle Programme und Anreizsysteme geschaffen werden, um Fachpersonal auf das Land zu locken. Beispielhaft
254 können Stipendien für angehende Verwaltungsfachleute, die in den ländlichen Raum gehen, angeregt werden.
255 Vielerorts werden zudem bereits sogenannte Dorfkümmerer*innen-Programme diskutiert. Hier sehen wir ei-
256 ne Möglichkeit, nicht nur die Verwaltung, sondern vor allen Dingen das gesellschaftliche Leben vor Ort zu
257 unterstützen.

258 Ergänzt werden muss die Personalgewinnung durch die Digitalisierung der Verwaltungen. Hier liegt eine große
259 Chance gerade für ländliche Räume, die genutzt werden muss. E-Government-Lösungen gehören flächende-
260 ckend umgesetzt, um die bestehenden Strukturen zu verbessern und zu ergänzen.

261 Auch soziale Einrichtungen gehören in ländliche Räume. Es müssen auch in kleineren Ortschaften Kindertages-
262 stätten, Pflegeeinrichtungen und Schulen erhalten bleiben, selbst wenn die gesetzlichen Mindestzahlen leicht
263 unterschritten werden. Das Leben vor Ort muss unterstützt werden – häufig hängt das lokale Leben auch
264 mit diesen Institutionen eng zusammen. Denn gerade Sportvereine oder die Kirchengemeinschaften gewinnen
265 ihren Nachwuchs und ihre Zukunft durch die Einrichtungen in der Kommune. Zentralisiert man auch hier zu-
266 nehmend, verliert viele ländliche Räume ungemein an Lebensqualität. Besonders die Gesundheitsversorgung
267 wird in dünn besiedelten Räumen zukünftig problematischer werden – gerade Ärzt*innen und die ambulante
268 Pflegeversorgung werden ein knappes Gut. Hier sollten Gemeindeärzt*innen und kommunale Pflegeeinrich-
269 tungen sowie kommunale Arztpraxen erörtert werden.

270 Ein weiterer Aspekt des zurückgezogenen Staates ist die teils fehlende oder zurückgebaute Infrastruktur. Der
271 fehlende Zugang und die fehlenden Mobilitätsmöglichkeiten sind ein großer Nachteil in der Lebenswirklichkeit
272 auf dem Land. Wenn den Menschen verwehrt wird, durch ausreichende Anbindungen in die nächstgrößeren
273 Zentren zu gelangen, fühlen sie sich berechtigt abgehängt. Die öffentliche Hand hat in den vergangenen Jahr-
274 zehnten die Infrastrukturanbindungen stets auf den urbanen Raum ausgerichtet. Auch die Deutsche Bahn
275 verfolgt eine Verkehrspolitik, die viele ländliche Räume vom Schienenverkehr abkoppelt. Bahnhöfe werden
276 geschlossen oder einfach nicht mehr angefahren und die Strecken konzentrieren sich auf größere Zentren,
277 ohne die umliegenden Orte ins Schienennetz zu integrieren oder heranzuführen.

278 Ebenso wichtig wie der ÖPNV und SPV ist die Versorgung mit schnellem Internet. Es gibt bereits viele Konzepte
279 für ländliche Räume, die die Chancen der fortschreitenden Digitalisierung nutzen und deutliche Verbesserun-
280 gen bewirken könnten, aber fast immer mangelt es am Ausbau von Mobilfunk und Breitband. Der Ausbau
281 der Internet-Infrastruktur auf dem Land ist nicht wirtschaftlich, weshalb die privaten Telekommunikationsun-

282 ternehmen kein gesteigertes Interesse an dessen Verwirklichung haben. Umso mehr ist der Staat hier in der
283 Pflicht, die Lebensbedingungen zu schaffen, die im 21. Jahrhundert schlichtweg notwendig sind, um an der
284 digitalen Gesellschaft teilzuhaben.

285 Aber das Gefühl des Abgehängt-Seins in einigen ländlichen Räumen bezieht sich auch auf andere Versorgungs-
286 möglichkeiten, für die Lösungen gefunden werden müssen. Die Bäckerei ist meist schon seit Jahren geschlos-
287 sen, auch die Fleischerei ist dicht und einen Supermarkt oder Discounter findet man erst in zehn Kilome-
288 ter Entfernung – zu weit weg für Jugendliche und alte Menschen. Wir müssen für ländliche Räume neu den-
289 ken: Nahversorgungsmöglichkeiten können auch öffentlich angeboten werden über Räumlichkeiten in Dorf-
290 gemeinschaftshäusern oder kommunalen Zentren, die regelmäßig vom Einzelhandel genutzt werden können.
291 Oder fahrende Discounter, die die einzelnen Ortschaften erreichen und zu den Menschen kommen, die es
292 nicht so einfach schaffen, in den nächsten Ort zu fahren. Auch die Möglichkeiten, Geld abzuheben, die Apo-
293 theke aufzusuchen oder Dienstleistungen in unmittelbarer Nähe zu nutzen, sollten erörtert und unterstützt
294 werden.

295 Die Förderung für Kultur und Sport kommt häufig zu kurz: vielfach sind Kulturschaffende, Vereine und Initia-
296 tiven auf sich selbst angewiesen, obwohl sie einen essentiellen Bestandteil des Lebens vor Ort darstellen. Wir
297 brauchen hier mehr Unterstützung in finanzieller und personeller Form, damit das Leben in einigen ländli-
298 chen Räumen nicht ausstirbt. Auch die angesprochenen Dorfkümmerer*innen sollen als Unterstützungs- und
299 Ansprechpersonen dem kulturellen Leben vor Ort helfen.

300 Die angerissene Strukturpolitik ist für alle Regionen in Deutschland eminent wichtig, um gleichwertige Lebens-
301 bedingungen zu ermöglichen. Die neueren Bundesländer würden dabei ebenso profitieren, wie die älteren,
302 darum kämpfen wir solidarisch für eine Weiterentwicklung ländlicher Räume. Wenn uns das gelingt, können
303 wir es schaffen, dass sich die Menschen in Ost und West nicht mehr abgehängt fühlen.

304 1. Umverteilung aus einer ostdeutschen Perspektive

305 Wenn das Ziel unseres Handelns die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse betrifft, so stellen wir fest, dass
306 unterschiedliche Ausgangssituationen ausgeglichen werden müssen. Aus einer ostdeutsche Perspektive fällt
307 besonders auf, dass es eben deutliche Unterschiede macht, ob vor Ort bspw. Industrie ansässig ist oder nicht.
308 Diese Unterschiede sind nicht nur beim Lohnniveau, sondern auch in den öffentlichen Kassen zu spüren. Die
309 Einnahmen aus der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer sind hier vielerorts niedriger als im Westen
310 der Republik. Da im Osten weniger Vermögensaufbau betrieben werden konnte, trifft das erst recht auf die
311 Erbschaftsteuer zu. Der Staat muss aber handlungsfähig sein – von der Kommune über die Kreise, hin zu den
312 Ländern.

313 Wir bekräftigen daher die Forderungen der Jusos nach mehr Umverteilung auch aus ostdeutscher Perspekti-
314 ve:

315 Wir befinden uns vor dem Auslaufen des Solidarpaktes II. Anstrengungen ihn zu verlängern sind nicht ersicht-
316 lich. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlages ist politisch im Koalitionsvertrag bereits beschlossen, der Län-
317 derfinanzausgleich läuft Ende 2019 aus. Dennoch sind die wirtschaftlichen Ungleichheiten im gesamten Bun-
318 desgebiet vorhanden. Während der gesamte Osten noch immer mit den Folgen der DDR kämpft und dieser
319 Strukturwandel von vielen nicht erkannt bzw. anerkannt wird, sieht dies beim Ruhrgebiet anders aus. Dort ist
320 der Strukturwandel zwar nicht annähernd abgeschlossen und in der bisherigen Bilanz auch keineswegs durch-
321 weg positiv verlaufen, weswegen noch großer Handlungsbedarf besteht; doch zumindest ist weithin bekannt,
322 dass sich der Ruhrpott im Strukturwandel befindet. Wir müssen aus diesen Entwicklungen lernen, wir dürfen
323 die Menschen im Wandel nicht allein lassen. So wird bspw. in der Lausitz, aber auch im rheinischen Braun-
324 kohlerevier bald ähnliches zu beobachten sein. Gleichzeitig sind lokal Investitionstaus unterschiedlichen Aus-
325 maßes zu verzeichnen. Wir Jusos wollen Förderung nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit.
326 Dabei ist uns besonders wichtig, dass investiert werden kann. Wir wollen einen verstetigten Solidarzuschlag
327 als Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, dessen Einnahmen in öffentliche Infrastruktur in Regionen mit
328 besonderem Förderbedarf fließt. Die Aufträge, die aus diesen Zahlungen finanziert oder teilfinanziert wer-
329 den, sollen vorrangig an lokale Unternehmen vergeben werden. Im Rahmen der Bewertung der Frage, welche
330 Regionen förderwürdig sind, ist dabei insbes. auf die Situation der Kommunen vor Ort abzustellen.

331 Das Ehegattensplitting gehört endlich abgeschafft und das Lohnsteuersystem reformiert. Das aktuelle System
332 fördert Alleinverdiener-Ehen. Da diese in Ostdeutschland historisch bedingt seltener sind, werden die Unter-

333 schiede zwischen Ost und West damit noch subventioniert.

334 Wir wollen eine höhere Erbschaftsteuer mit weniger Ausnahme und die Wiedereinführung der Vermögen-
335 steuer. Für beide Steuern muss außerdem die Ertragshoheit auf den Bund übergehen, um einen Ausgleich
336 zwischen den Regionen Deutschlandweit zu ermöglichen.

337 **V. Demokratie / Kampf gegen Rechts**

338 Vertrauen in Staat und Gesellschaft werden wir aber nicht nur über steuerpolitische Maßnahmen gewinnen.
339 Es braucht eine aktive Arbeit für Demokratie und insbesondere gegen Rechtsradikalismus in allen seinen Fa-
340 cetten.

341 1. Mehr soziale Teilhabe und solidarisches Miteinander ermöglichen

342 Die Umbrüche nach der Wende haben in Ostdeutschland vor allem im sozialen Bereich viele Auswirkungen.
343 Die Teilhabe am sozialen Leben scheint für viele Menschen unerreichbar. Durch die hohe Arbeits- und vor
344 allem Langzeitarbeitslosigkeit in Ostdeutschland sind die Gefälle zwischen Arm und Reich sehr hoch. Viele
345 Menschen fühlen sich abgehängt.

346 Wir haben zwar Angebote, oft sind die Hemmungen, diese zu nutzen, jedoch zu hoch. Daher setzen wir uns
347 für eine Kulturoffensive in Ostdeutschland und dem Rest der Republik ein.

348 Hierzu fordern wir:

349 – Mindestens an zwei Tagen in der Woche sollen alle kulturellen Einrichtungen wie Museen und Ausstellungen
350 ihre Tore kostenlos öffnen.

351 – Für Schulklassen soll es mindestens einmal im Vierteljahr möglich sein, kostenlos eine Theater- oder Opern-
352 vorstellung zu besuchen, so können alle Kinder und Jugendlichen an diesem Angebot teilhaben.

353 – Wir wollen wieder mehr Jugendzentren. Diese sollen staatlich gefördert werden und von demokratischen
354 Vereinen und Verbänden betrieben werden. Kommunen, die kommunale Jugendeinrichtungen betreiben oder
355 Trägervereinen finanziell unterstützen müssen eine kontinuierliche Teilfinanzierung durch Land und Bund
356 erhalten.

357

358 – Eine bessere Finanzausstattung für die Landeszentralen für politische Bildung und die Möglichkeit einer
359 engeren Zusammenarbeit mit Schulen. Außerdem soll der Bestand aller Landeszentralen für politische Bildung
360 garantiert werden.

361 1. Nazis abschaffen/Demokratiebildung

362 Chemnitz. Köthen. Bautzen. Rostock-Lichtenhagen. Hoyerswerda. Cottbus. Themar.

363 Allesamt ostdeutsche Städte, mit denen wir heute viel mehr verbinden, als nur die Bundesländer Sachsen,
364 Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen.

365 Ermittlungen des VBRG zeigen, dass es (Stand 28.09.2018) seit den Demonstrationen in Chemnitz 93 Fälle
366 rechter, rassistischer und antisemitisch motivierter Gewalt in Deutschland gegeben hat. Dazu zählen einfache
367 sowie schwere Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung, Brandstiftung und versuchte Tötung. Die Dunkelziffer
368 liegt wahrscheinlich weitaus höher.

369 In Sachsen direkt zählte die Opferberatungsstelle RAA Sachsen seit den Ausschreitungen vor rund einem Mo-
370 nat (Stand 28.09.2018) mindestens 34 Übergriffe.

371 Auch andere Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen verzeichnen seit dem Sommer
372 2015 einen deutlichen Anstieg politisch motivierter Straftaten im „rechten Lager“. Nicht zu übersehen ist dabei
373 auch die gestiegene Brutalität, berichten die Opferberatungsstellen der Bundesländer, Lobbi und Ezra.

374 Haben wir in Ostdeutschland also ein besonders starkes Problem mit Rassismus?

375 Ja, das haben wir eindeutig.

376 Deshalb brauchen wir politische Bildung für jede*n, die sich an den Grundwerten unserer Verfassung orien-
377 tieren muss. Dieser sollte aber nicht erst ab der 7. Klasse im Sozialkundeunterricht stattfinden.

378 Die erste Berührung mit Demokratiebildung, muss schon im Kindergarten passieren. Dort müssen sowohl
379 Politik im Allgemeinen, aber auch die Werte unserer freiheitlichen Demokratie heruntergebrochen auf eine
380 verständliche und altersgerechte Ebene, als normaler Teil des Lebens mitgegeben und gelebt werden.

381 Politik- und Sozialkundeunterricht sollen nicht mehr nette „Auffüllfächer“ sein, sondern vermehrt unterrichtet
382 werden: Als Hauptfach ab Klassenstufe 7 und als Pflichtfach in der Oberstufe (Klasse 11/12/13) der allgemein-
383 bildenden Schulen und in den Berufsbildenden Schulen.

384 Aber nicht nur die zukünftigen Generationen müssen diese Dinge vermittelt bekommen. Alle Menschen müs-
385 sen wieder einen viel einfacheren Zugang zu Politik finden. Bildungsangebote müssen so geschaffen werden,
386 dass Sie in den Lebensalltag einbezogen werden.

387 Wir erleben eine immer weiter voranschreitende Entfernung der Menschen von Politik. Es entsteht ein Gefühl
388 von „Wir hier unten und die da oben“. Deshalb müssen Bildungsangebote noch stärker als vorher gefördert
389 werden und bekanntgemacht werden.

390 1. Antifaschistische Arbeit ist Arbeit. Punkt.

391 „Was, du gehst zur Antifa? – Die ist doch kriminell!“ – mit solchen Sätzen muss ein für allemal Schluss sein!
392 Wir müssen antifaschistische Arbeit endlich entkriminalisieren und dürfen Menschen, die sich Neonazis, „be-
393 sorgten Bürger*innen“ und Co. in den Weg stellen, nicht weiterhin Repressalien aussetzen. Der Kampf gegen
394 Rassismus und Fremdenhass ist ein gesamtgesellschaftlicher.

395 Es ist kein Verbrechen, sich Feinden unserer freien und bunten Gesellschaft in den Weg zu stellen.

396 Bildungsangebote zu diesen Themen müssen weiterhin ausgebaut werden und jedem Menschen einfach und
397 frei zur Verfügung stehen. Lehrer*innen, Sozialpädagog*innen, Streetworker*innen und anderen Menschen
398 die in ihrem Beruf mit Menschen in Berührung kommen, müssen verpflichtende Weiterbildungsangebote zur
399 Verfügung stehen, um immer auf dem neusten Stand zu sein und sich selbst für ihre Arbeit weiterbilden zu
400 können.

401 Hierbei sollten wir auch die innerparteiliche Bildungsebene nicht vergessen, damit auch Genoss*innen, gerade
402 solche die in der Öffentlichkeit stehen, fundiertes Wissen haben.

403 Die SPD sollte weiterhin verstärkt in Bündnissen aktiv werden und Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen
404 Gruppierungen pflegen. Diese Zusammenarbeit muss kontinuierlich und auf einer soliden Basis funktionieren
405 und sollte nicht, wie schon oft in der Vergangenheit passiert, einmalig und nur als positives Aushängeschild
406 für zum Beispiel Wahlkämpfe, laufen.

407 Ja, wir haben ein Problem. Aber, und das ist der springende Punkt, wir haben Lösungen und Ideen, wie wir
408 es beheben können. Wir lassen uns von den Neonazis nicht einschüchtern oder beängstigen. Wir stellen uns
409 Ihnen in den Weg.